



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 2/18

N. 2/18

**Recht auf Mehrsprachigkeit im Bildungssystem des Landes**

**Diritto al plurilinguismo nel sistema d'istruzione e formazione della Provincia**

Eingebracht am 10.12.2018 von den Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba und Hanspeter Staffler

presentato il 10/12/2018 dai consiglieri provinciali Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba e Hanspeter Staffler

dem I. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

**assegnato** alla I commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

## INHALTSVERZEICHNIS

1)	Autonomiestatut – Art. 19	S. 1
2)	L.G. vom 16. Juli 2008, Nr. 5 Art. 1, 6, 14, 19 und 20	S. 7
3)	L.G. vom 24. September 2010, Nr. 11 Art. 1, 2, 7 und 12	S. 17
4)	Beschlussantrag Nr. 25/13-XV	S. 23

## INDICE

1)	Statuto di Autonomia – art. 19	pag. 4
2)	L.P. 16 luglio 2008, n. 5 artt. 1, 6, 14, 19 e 20	pag. 12
3)	L.P. 24 settembre 2010, n. 11 Artt. 1, 2, 7 e 12	pag. 20
4)	Mozione n. 25/13-XV	pag. 24

## 4) Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670<sup>1)</sup>

### Genehmigung des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen

1)Kundgemacht im G.Bl. vom 20. November 1972, Nr. 301; der deutsche Text wurde im Ord. Beibl. zum A.Bl. vom 21. November 1978, Nr. 59, veröffentlicht.

## I. ABSCHNITT

### Errichtung der Region Trentino-Südtirol und der Provinzen Trient und Bozen

---

## 4. KAPITEL

### Gemeinsame Bestimmungen für die Region und die Provinzen

---

#### Art. 19



- (1)** In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler, das heißt in italienischer oder deutscher Sprache, von Lehrkräften erteilt, für welche die betreffende Sprache ebenfalls Muttersprache ist. In den Grundschulen, von der 2. oder 3. Klasse an, je nachdem, wie es mit Landesgesetz auf bindenden Vorschlag der betreffenden Sprachgruppe festgelegt wird, und in den Sekundarschulen ist der Unterricht der zweiten Sprache Pflicht; er wird von Lehrkräften erteilt, für die diese Sprache die Muttersprache ist.
- (2)** Die ladinische Sprache wird in den Kindergärten verwendet und in den Grundschulen der ladinischen Ortschaften gelehrt. Dort dient diese Sprache auch als Unterrichtssprache in den Schulen jeder Art und jeden Grades. In diesen Schulen wird der Unterricht auf der Grundlage gleicher Stundenzahl und gleichen Enderfolges in Italienisch und in Deutsch erteilt.
- (3)** Die Einschreibung eines Schülers in die Schulen der Provinz Bozen erfolgt auf Grund eines einfachen Gesuches des Vaters oder seines Stellvertreters. Gegen die Verweigerung der Einschreibung kann der Vater oder sein Stellvertreter bei der Autonomen Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes Berufung einlegen.
- (4)** Für die Verwaltung der Schulen mit italienischer Unterrichtssprache und für die Aufsicht über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache sowie über die im zweiten Absatz genannten Schulen der ladinischen Ortschaften ernennt das Ministerium für den öffentlichen Unterricht nach Einholen der Stellungnahme des Landesausschusses von Südtirol einen Hauptschulamtsleiter.
- (5)** Für die Verwaltung der Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen mit deutscher Unterrichtssprache ernennt der Landesauschuß von Südtirol nach Einholen der Stellungnahme des Ministeriums für den öffentlichen Unterricht einen Schulamtsleiter aus einem Dreivorschlag der Vertreter der deutschen Sprachgruppe im Landesschulrat.
- (6)** Für die Verwaltung der im zweiten Absatz dieses Artikels genannten Schulen ernennt das Ministerium für den öffentlichen Unterricht einen Schulamtsleiter aus einem Dreivorschlag der Vertreter der ladinischen Sprachgruppe im Landesschulrat.
- (7)** Das Ministerium für den öffentlichen Unterricht ernennt im Einvernehmen mit der Provinz Bozen die Präsidenten und die Mitglieder der Kommissionen für die Staatsprüfungen an den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache.
- (8)** Um die Gleichwertigkeit der Abschlüßdiplome zu gewährleisten, muß für die Schulen der Provinz Bozen die Stellungnahme des Obersten Rates für den öffentlichen Unterricht über die Unterrichts- und Prüfungsprogramme eingeholt werden.
- (9)** Die Verwaltungsbediensteten des bisherigen Schulamtes und die der Sekundarschulen sowie die Verwaltungsbediensteten der Schulinspektorate und der Grundschuldirektionen werden von der Provinz Bozen übernommen und bleiben den Dienststellen jener Schulen zugeteilt, an denen die Muttersprache dieser Bediensteten als Unterrichtssprache verwendet wird.
- (10)** Unbeschadet der Abhängigkeit des Lehrpersonals vom Staate wird dem Schulamtsleiter für die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache und dem Schulamtsleiter für die im zweiten Absatz genannten Schulen die Zuständigkeit für Maßnahmen, die das Lehrpersonal ihrer Schulen betreffen, hinsichtlich Versetzungen, Beurlaubungen, Wartestandes und Disziplinarstrafen bis zur

einmonatigen Dienstenhebung mit Gehaltsentzug übertragen.



**(11)** Gegen die von den Schulamtsleitern im Sinne des vorigen Absatzes getroffenen Maßnahmen kann Berufung an den Minister für den öffentlichen Unterricht eingereicht werden, der nach Einholen der Stellungnahme des Hauptschulamtsleiters endgültig entscheidet.

**(12)** Die italienische, die deutsche und die ladinische Sprachgruppe sind im Landesschulrat und im Landesdisziplinarrat für die Lehrer vertreten.

**(13)** Die Vertreter der Lehrkräfte im Landesschulrat werden vom Lehrpersonal im Verhältnis zur Zahl der Lehrkräfte der einzelnen Sprachgruppen durch Wahl bestimmt. Die Zahl der Vertreter der ladinischen Sprachgruppe darf jedenfalls nicht weniger als drei betragen.

**(14)** Der Landesschulrat erfüllt die in den geltenden Gesetzen vorgesehenen Aufgaben; darüber hinaus muß er bei der Errichtung und Auflassung von Schulen, bei der Erstellung der Programme und Stundenpläne, bei der Festlegung der Unterrichtsfächer und deren Zusammenfassung in Fachgruppen gehört werden.

**(15)** Hinsichtlich der allfälligen Errichtung von Universitäten im Gebiet von Trentino-Südtirol muß der Staat vorher die Stellungnahme der Region und der betreffenden Provinz einholen. [14\)](#) [15\)](#)

-  Beschluss vom 30. Mai 2017, Nr. 575 - Abänderung der Allgemeinen Studienordnung der Freien Universität Bozen (2017/2018)
-  Beschluss vom 28. Juni 2016, Nr. 706 - Abänderung der "Regelung für die Berufung von Professoren auf Planstelle, Stiftungsprofessoren, namhaften Professoren und von Forschern mit befristeten Arbeitsvertrag" der Freien Universität Bozen
-  Beschluss vom 11. August 2015, Nr. 923 - Genehmigung der Änderungen des Statutes und der Ordnungen der Freien Universität Bozen (abgeändert mit Beschluss Nr. 120 vom 16.02.2016 und Beschluss Nr. 705 vom 28.06.2016)
-  Corte costituzionale - Ordinanza N. 430 del 19.12.2006 - Insegnamento della lingua italiana nella prima classe della scuola elementare in lingua tedesca
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 263 vom 13.05.2004 - Artikel 19 des Autonomiestatuts - Unterricht der zweiten Landessprache ab der ersten Grundschulklasse
-  Beschluss Nr. 210 vom 27.01.2003 - Gebrauch der ladinischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und in normativen Akten
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 533 del 20.12.2002 - Sovracanoni delle derivazioni di acqua a scopo idroelettrico - Immissione in ruolo del personale docente della religione cattolica - Assunzione a tempo indeterminato di personale docente privo del prescritto titolo di studio e che ha svolto servizio di supplenza per almeno 18 anni
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 94 del 25.02.2002 - Scuola materna con lingua di insegnamento diversa dalla madrelingua dell'alunno
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 93 vom 23.03.1999 - Zuständigkeit des Schulamtsleiters für Disziplinarstrafen - Delegierbarkeit an den Schuldirektor
-  Corte costituzionale - Ordinanza N. 52 del 04.03.1999 - Personale docente - concetto di «madre lingua»
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 363 del 04.12.1998 - Sperimentazione scolastica - compresenza di insegnanti di lingua diversa - compatibilità con Statuto di autonomia Presidenza Consiglio Ministri - potere di intervento adesivo nel giudizio amministrativo
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 125 vom 04.05.1998 - Lehrbefähigung für den Unterricht an Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache - entspricht nicht Lehrbefähigung Deutsch als Fremdsprache
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 109 del 21.04.1998 - Ordinamento scolastico - requisiti per concorso a preside nelle scuole medie in lingua tedesca
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 445 del 23.12.1994 - Istituzione della ripartizione «Intendenza scolastica italiana» con compiti di amministrazione della scuola di lingua italiana e vigilanza sulla scuola di lingua tedesca e su quella delle località ladine
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 215 del 05.05.1993 - Approvazione di moduli e registri per le scuole in lingua tedesca - Uso di terminologia difforme dalle norme statutarie
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 358 del 23.07.1992 - Istruzione pubblica - Servizio ispettivo tecnico
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 343 del 20.07.1990 - Reclutamento del personale della scuola

14) Siehe Art. 17 Absätze 120/128 des Gesetzes vom 15. Mai 1997, Nr. 127, geändert durch Art. 1 Absatz 15 des Gesetzes vom 14. Jänner 1999, Nr. 4:

#### Art. 17

**(120)** Abweichend von den Planungsverfahren laut Gesetz vom 7. August 1990, Nr. 245, in geltender Fassung, ist im Gebiet der Autonomen Provinz Bozen und in jenem der autonomen Region Aostatal die Errichtung einer nichtstaatlichen Universität zulässig, die von Körperschaften und von Privaten gegründet oder geführt wird. Der Minister für Universitäten und Forschung erteilt diesen universitären Einrichtungen im Einvernehmen mit der Autonomen Provinz Bozen beziehungsweise der autonomen Region Aostatal mit Dekret die Ermächtigung, rechtsgültige akademische Grade zu verleihen. Vor Erlass des Ermächtigungsdokuments wird außerdem die Beobachtungsstelle für die Beurteilung des Universitätssystems (Osservatorio per la valutazione del sistema universitario) bezüglich der didaktischen, wissenschaftlichen, instrumentalen, finanziellen und baulichen Ausstattung sowie des Stellenplans der Dozenten, der Universitätsassistenten und des nicht unterrichtenden Personals angehört. Durch die Änderung des Statuts können neue Studiengänge eingerichtet werden, nach deren Besuch gemäß den einschlägigen Studienordnungen ein rechtsgültiger akademischer Grad verliehen wird, sofern die Studiengänge in der Autonomen Provinz Bozen beziehungsweise in der autonomen Region Aostatal eingerichtet werden. Die Beiträge, die der Staat den didaktischen und wissenschaftlichen Einrichtungen gewährt, werden jährlich mit Dekret des Ministers für Universitäten und Forschung im Einvernehmen mit der Autonomen Provinz Bozen beziehungsweise mit der autonomen Region Aostatal im Rahmen der für die nichtstaatlichen Universitäten im Ausgabenvorschlag des Ministeriums für Universitäten und Forschung vorgesehenen Haushaltsbereitstellung festgesetzt. Die Verwaltungsbefugnisse, die sich auf die Universitäten in diesem Absatz beziehen, im besonderen jene

Aufgaben, welche die Statuten und die Gesamtstudienordnungen betreffen, werden vom Minister für Universitäten und Forschung im Einvernehmen mit der Autonomen Provinz Bozen beziehungsweise mit der autonomen Region Aostatal wahrgenommen.

**(121)** Im Sinne von Artikel 17 des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, genehmigten vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen, wird der Autonomen Provinz Bozen die Befugnis zuerkannt, Gesetzesbestimmungen zur Finanzierung der Universität laut Absatz 120 und zum Universitätsbauwesen, die Wahl der Standorte und der Erwerb - auch mittels Enteignung - der notwendigen Liegenschaften eingeschlossen, zu erlassen. Nach Erlass dieser Gesetzesbestimmungen wird die Autonome Provinz Bozen die entsprechenden Verwaltungsbefugnisse wahrnehmen. Hinsichtlich der Zuerkennung der Befugnis an die autonome Region Aostatal, Gesetzesbestimmungen auf dem Gebiet laut diesem Absatz zu erlassen, wird nach Erlass des Ermächtigungsdokrets laut Absatz 120 Satz 2 im Sinne von Artikel 48/bis des mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 4, in geltender Fassung, genehmigten Sonderstatuts für das Aostatal verfahren.

**(122)** Die Universität Trient und die Universitäten laut Absatz 120 fördern und entwickeln die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Universitäten und den Forschungszentren der anderen Staaten und im besonderen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hinsichtlich der Erfordernisse der wissenschaftlichen Forschung und jener der Lehrtätigkeit. Die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit können die Durchführung von ergänzten Studiengängen an einer oder an beiden Universitäten sowie gemeinsame Forschungsprogramme vorsehen. Diese Universitäten erkennen die Gültigkeit der Studiengänge oder der Lehrveranstaltungen der Studienpläne, die von den Studenten an Universitäten und an universitären Einrichtungen im Ausland besucht wurden, sowie die nach Abschluß der ergänzten Studiengänge erworbenen akademischen Grade an.

**(123)** Sofern die Vereinbarungen laut Absatz 122 die Einrichtung von Laureatsstudiengängen, Studiengängen zum Erwerb eines Universitätsdiploms oder Studiengängen zum Erwerb des Doktorats zum Gegenstand haben, sind sie dem Minister für Universitäten und Forschung innerhalb 30 Tagen ab deren Zustandekommen mitzuteilen. Wenn der Minister gegen die genannten Vereinbarungen nicht innerhalb 30 Tagen ab deren Erhalt wegen Mißachtung des Gesetzes, der internationalen Verpflichtungen des Staates oder der in den Dekreten laut Absatz 95 enthaltenen Kriterien Einspruch erhebt, werden die Vereinbarungen vollziehbar.

**(124)** Auf die Universität laut Absatz 120, die in der autonomen Provinz Bozen errichtet wird, werden die Bestimmungen der Artikel 170 und 332 des mit königlichem Dekret vom 31. August 1933, Nr. 1592, in geltender Fassung, genehmigten vereinheitlichten Textes der Gesetze über die postsekundäre Ausbildung angewandt. Die genannten Bestimmungen gelten ausschließlich für die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verliehenen akademischen Grade und Titel, deren Gleichwertigkeit in den Notenwechseln zwischen Italien und jedem einzelnen Mitgliedstaat der Europäischen Union ohne Ergänzungsprüfungen direkt anerkannt ist, auch wenn an der genannten Universität die entsprechenden Fakultäten nicht eingerichtet sind. Im Fall, daß die Notenwechsel für die Anerkennung der Gleichwertigkeit einiger akademischen Grade und Titel Ergänzungsprüfungen vorsehen, gelten die Bestimmungen des genannten mit königlichem Dekret Nr. 1592/1933 genehmigten vereinheitlichten Textes nur dann, wenn an der Universität laut diesem Absatz Studiengänge eingerichtet werden, die sich auf dieselben akademischen Grade und Titel beziehen.

**(125)** Die zuständigen Organe der Universität Trient können die Direktberufung von Wissenschaftlern als Professoren der ersten Ebene, als beigeordnete Professoren oder als Universitätsassistenten verfügen, sofern diese an ausländischen Universitäten eine Qualifikation besitzen, die den genannten ähnlich und in der italienischen Universitätsordnung vorgesehen ist. Für die Universität Trient dürfen höchstens 30 Prozent des für jeden Qualifikationstyp vorgesehenen planmäßigen Personals direkt berufen werden. Auch an der in der autonomen Region Aostatal errichteten Universität und an der in der Autonomen Provinz Bozen errichteten Universität können Wissenschaftler im Ausmaß von höchstens 50 beziehungsweise 70 Prozent direkt berufen werden; im Einvernehmen mit dem Minister für Universitäten und Forschung kann von diesen Ausmaßen abgewichen werden.

**(126)** Die Universität Trient und die Universitäten laut Absatz 120 können die Fakultät für Bildungswissenschaften einrichten. Bevor der Laureatsstudiengang für Primärbildungswissenschaften eingeführt werden kann, müssen die ordentlichen dreijährigen Lehrgänge der Schule für Kindergartenerzieher und -erzieherinnen und die ordentlichen vierjährigen Lehrgänge der Lehrerbildungsanstalt abgeschafft werden.

**(127)** Um die Durchführung der Vereinbarungen der Universität Trient über die internationale Zusammenarbeit, welche die Verleihung des Doktorates zum Inhalt haben, zu fördern, wird in Erstanwendung der Bestimmungen laut Absatz 95 Buchstabe c) dieser akademische Grad von der Universität Trient im Rahmen von EU-Programmen verliehen, jedoch beschränkt auf die Doktorate, für welche die Universität Verwaltungssitz ist. In diesen Fällen wird die Kommission zur Bewertung der Doktorarbeiten laut Artikel 73 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 11. Juli 1980, Nr. 382, durch eine vom Rektor ernannte Kommission ersetzt, die aus fünf einschlägigen Experten besteht, von denen wenigstens zwei ordentliche Professoren und einer beigeordneter Professor ist. Wenigstens zwei Kommissionsmitglieder dürfen nicht der genannten Universität angehören.

**(128)** Die Autonome Provinz Trient kann mit Provinzialgesetzen im Sinne von Artikel 17 des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, genehmigten vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen, die Gewährung von Beiträgen an die Universität Trient zur Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung und zur Durchführung spezifischer Bildungsprogramme und -projekte verfügen.

15) Siehe auch Art. 1 Absätze 658 - 663 des [G. vom 27. Dezember 2017, Nr. 205](#).

## 4) Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670<sup>1)</sup>

### Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino- Alto Adige

1)Pubblicato nella G.U. 20 novembre 1972, n. 301.

#### TITOLO I

### Costituzione della Regione "Trentino-Alto Adige" e delle Province di Trento e Bolzano

---

#### CAPO IV

### Disposizioni comuni alla Regione ed alle Province

---

#### Art. 19



**(1)** Nella provincia di Bolzano l'insegnamento nelle scuole materne, elementari e secondarie è impartito nella lingua materna italiana o tedesca degli alunni da docenti per i quali tale lingua sia ugualmente quella materna. Nelle scuole elementari con inizio dalla seconda o dalla terza classe, secondo quanto sarà stabilito con legge provinciale su proposta vincolante del gruppo linguistico interessato, e in quelle secondarie è obbligatorio l'insegnamento della seconda lingua che è impartito da docenti per i quali tale lingua è quella materna.

**(2)** La lingua ladina è usata nelle scuole materne ed è insegnata nelle scuole elementari delle località ladine. Tale lingua è altresì usata quale strumento di insegnamento nelle scuole di ogni ordine e grado delle località stesse. In tali scuole l'insegnamento è impartito su base paritetica di ore e di esito finale, in italiano e tedesco.

**(3)** L'iscrizione dell'alunno alle scuole della provincia di Bolzano avviene su semplice istanza del padre o di chi ne fa le veci. Contro il diniego di iscrizione è ammesso ricorso da parte del padre o di chi ne fa le veci alla autonoma sezione di Bolzano del Tribunale regionale di giustizia amministrativa.

**(4)** Per l'amministrazione della scuola in lingua italiana e per la vigilanza sulla scuola in lingua tedesca e su quella delle località ladine di cui al secondo comma, il Ministero della pubblica istruzione, sentito il parere della Giunta provinciale di Bolzano, nomina un sovrintendente scolastico.

**(5)** Per l'amministrazione delle scuole materne, elementari e secondarie in lingua tedesca, la Giunta provinciale di Bolzano, sentito il parere del Ministero della pubblica istruzione, nomina un intendente scolastico, su una terna formata dai rappresentanti del gruppo linguistico tedesco nel consiglio scolastico provinciale.

**(6)** Per l'amministrazione della scuola di cui al secondo comma del presente articolo, il Ministero della pubblica istruzione nomina un intendente scolastico, su una terna formata dai rappresentanti del gruppo linguistico ladino nel consiglio scolastico provinciale.

**(7)** Il Ministero della pubblica istruzione nomina, d'intesa con la Provincia di Bolzano, i presidenti e i membri delle commissioni per gli esami di Stato nelle scuole in lingua tedesca.



**(8)** Al fine della equipollenza dei diplomi finali deve essere sentito il parere del Consiglio superiore della pubblica istruzione sui programmi di insegnamento e di esame per le scuole della provincia di Bolzano.

**(9)** Il personale amministrativo del provveditorato agli studi, quello amministrativo delle scuole secondarie, nonché il personale amministrativo degli ispettorati scolastici e delle direzioni didattiche passa alle dipendenze della Provincia di Bolzano, restando addetto ai servizi della scuola corrispondente alla propria lingua materna.

**(10)** Ferma restando la dipendenza dallo Stato del personale insegnante, sono devoluti all'intendente per la scuola in lingua tedesca e a quello per la scuola di cui al secondo comma, i provvedimenti in materia di trasferimento, congedo, aspettativa, sanzioni disciplinari fino alla sospensione per un mese dalla qualifica con privazione dello stipendio, relativi al personale insegnante delle scuole di

rispettiva competenza.

- (11)** Contro i provvedimenti adottati dagli intendenti scolastici ai sensi del comma precedente è ammesso ricorso al Ministro per la pubblica istruzione che decide in via definitiva, sentito il parere del sovrintendente scolastico.
- (12)** I gruppi linguistici italiano, tedesco e ladino sono rappresentati nei consigli provinciali scolastico e di disciplina per i maestri.
- (13)** I rappresentanti degli insegnanti nel consiglio scolastico provinciale sono designati, mediante elezione, dal personale insegnante e in proporzione al numero degli insegnanti dei rispettivi gruppi linguistici. Il numero dei rappresentanti del gruppo ladino deve essere, comunque, non inferiore a tre.
- (14)** Il consiglio scolastico, oltre a svolgere i compiti previsti dalle leggi vigenti, esprime parere obbligatorio sull'istituzione e soppressione di scuole; sui programmi ed orari; sulle materie di insegnamento e loro raggruppamento.
- (15)** Per l'eventuale istituzione di università nel Trentino-Alto Adige, lo Stato deve sentire preventivamente il parere della Regione e della Provincia interessata. [14\)](#) [15\)](#)

-  Delibera 30 maggio 2017, n. 575 - Modifica del Regolamento didattico generale della Libera Università di Bolzano (2017/2018)
-  Delibera 28 giugno 2016, n. 706 - Modifica del "Regolamento per la disciplina della chiamata dei professori di ruolo, straordinari e di chiara fama e dei ricercatori a tempo determinato" della Libera Università di Bolzano
-  Delibera 11 agosto 2015, n. 923 - Approvazione di modifiche di statuto e di regolamenti della Libera Università di Bolzano (modificata con delibera n. 120 del 16.02.2016 e delibera n. 705 del 28.06.2016)
-  Corte costituzionale - Ordinanza N. 430 del 19.12.2006 - Insegnamento della lingua italiana nella prima classe della scuola elementare in lingua tedesca
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 263 vom 13.05.2004 - Artikel 19 des Autonomiestatuts - Unterricht der zweiten Landessprache ab der ersten Grundschulklasse
-  Delibera N. 210 del 27.01.2003 - Utilizzo della lingua ladina da parte degli enti pubblici e negli atti normativi
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 533 del 20.12.2002 - Sovracanoni delle derivazioni di acqua a scopo idroelettrico - Immissione in ruolo del personale docente della religione cattolica - Assunzione a tempo indeterminato di personale docente privo del prescritto titolo di studio e che ha svolto servizio di supplenza per almeno 18 anni
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 94 del 25.02.2002 - Scuola materna con lingua di insegnamento diversa dalla madrelingua dell'alunno
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 93 vom 23.03.1999 - Zuständigkeit des Schulumtsleiters für Disziplinarstrafen - Delegierbarkeit an den Schuldirektor
-  Corte costituzionale - Ordinanza N. 52 del 04.03.1999 - Personale docente - concetto di «madre lingua»
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 363 del 04.12.1998 - Sperimentazione scolastica - compresenza di insegnanti di lingua diversa - compatibilità con Statuto di autonomia Presidenza Consiglio Ministri - potere di intervento adesivo nel giudizio amministrativo
-  Verwaltungsgericht Bozen - Urteil Nr. 125 vom 04.05.1998 - Lehrbefähigung für den Unterricht an Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache - entspricht nicht Lehrbefähigung Deutsch als Fremdsprache
-  T.A.R. di Bolzano - Sentenza N. 109 del 21.04.1998 - Ordinamento scolastico - requisiti per concorso a preside nelle scuole medie in lingua tedesca
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 445 del 23.12.1994 - Istituzione della ripartizione «Intendenza scolastica italiana» con compiti di amministrazione della scuola di lingua italiana e vigilanza sulla scuola di lingua tedesca e su quella delle località ladine
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 215 del 05.05.1993 - Approvazione di moduli e registri per le scuole in lingua tedesca - Uso di terminologia difforme dalle norme statutarie
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 358 del 23.07.1992 - Istruzione pubblica - Servizio ispettivo tecnico
-  Corte costituzionale - Sentenza N. 343 del 20.07.1990 - Reclutamento del personale della scuola

14) Vedi l'art. 17, commi dal 120/128, della legge 15 maggio 1997, n. 127, modificato dall'art. 1, comma 15, della legge 14 gennaio 1999, n. 4:

#### Art. 17

**(120)** In deroga alle procedure di programmazione di cui alla legge 7 agosto 1990, n. 245, e successive modificazioni e integrazioni, è consentita l'istituzione di una università non statale nel territorio rispettivamente della provincia autonoma di Bolzano e della regione autonoma della Valle d'Aosta, promosse o gestite da enti e da privati. L'autorizzazione, per le predette istituzioni, al rilascio di titoli di studio universitari aventi valore legale, è concessa con decreto del Ministro dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica, previa intesa rispettivamente con la provincia autonoma di Bolzano e con la regione autonoma della Valle d'Aosta. Tali decreti sono emanati sentito altresì l'Osservatorio per la valutazione del sistema universitario in ordine alle dotazioni didattiche, scientifiche, strumentali, finanziarie, edilizie, nonché concernenti l'organico del personale docente, ricercatore e non docente. Possono essere attivati, con modifica statutaria, nuovi corsi di studi ai cui termini sia previsto dagli ordinamenti vigenti il rilascio di titoli aventi valore legale, quando i corsi vengano istituiti nel territorio della provincia di Bolzano e della regione autonoma della Valle d'Aosta. I contributi dello Stato in relazione alle strutture didattiche e scientifiche sono determinati annualmente con decreto del Ministro dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica, previa intesa rispettivamente con la provincia autonoma di Bolzano e con la regione autonoma della Valle d'Aosta, nell'ambito dell'apposito stanziamento di bilancio previsto per le università non statali, nello stato di previsione della spesa del Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica. Le funzioni amministrative, relative agli atenei di cui al presente comma, in particolare quelle concernenti gli statuti e i regolamenti didattici, sono esercitate dal Ministro dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica, previa intesa rispettivamente con la provincia autonoma di Bolzano e con la regione autonoma della Valle d'Aosta.

**(121)** Ai sensi dell'articolo 17 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con [decreto del Presidente della](#)

[Repubblica 31 agosto 1972, n. 670](#), è attribuita alla provincia autonoma di Bolzano la potestà di emanare norme legislative in materia di finanziamento all'ateneo di cui al comma 120 e di edilizia universitaria, ivi comprese la scelta delle aree e l'acquisizione, anche mediante esproprio, degli immobili necessari. A seguito dell'emanazione delle predette norme la provincia eserciterà le relative funzioni amministrative. Con riferimento all'attribuzione alla regione autonoma della Valle d'Aosta della potestà legislativa nella materia di cui al presente comma si procederà, successivamente al decreto di autorizzazione di cui al comma 120, secondo periodo, ai sensi dell'articolo 48/bis dello Statuto speciale per la Valle d'Aosta, approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 4, e successive modificazioni.

**(122)** L'università degli studi di Trento e gli atenei di cui al comma 120 promuovono e sviluppano la collaborazione scientifica con le università e con i centri di ricerca degli altri Stati ed in particolare degli Stati membri dell'Unione europea per le esigenze sia della ricerca scientifica che dell'insegnamento. I relativi accordi di collaborazione possono prevedere l'esecuzione di corsi integrati di studio sia presso entrambe le università, sia presso una di esse, nonché programmi di ricerca congiunti. Le medesime università riconoscono la validità dei corsi seguiti ovvero delle parti dei piani di studio svolti dagli studenti presso le università e istituzioni universitarie estere, nonché i titoli accademici conseguiti al termine dei corsi integrati.

**(123)** Gli accordi di collaborazione di cui al comma 122, qualora abbiano ad oggetto l'istituzione di corsi di laurea, di diploma e di dottorato di ricerca, sono comunicati al Ministro dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica entro trenta giorni della loro stipulazione. Ove il Ministro non si opponga entro trenta giorni dal ricevimento degli accordi predetti per motivi di contrasto con la legge, con obblighi internazionali dello Stato italiano o con i criteri contenuti nei decreti di cui al comma 95, gli accordi medesimi divengono esecutivi.

**(124)** Si applicano all'ateneo di cui al comma 120 istituito sul territorio della provincia autonoma di Bolzano le disposizioni di cui agli articoli 170 e 332 del testo unico delle leggi sull'istruzione superiore, approvato con regio decreto 31 agosto 1933, n. 1592, e successive modificazioni ed integrazioni, con esclusivo riferimento ai gradi e ai titoli accademici rilasciati nei Paesi aderenti all'Unione europea la cui equipollenza è direttamente riconosciuta, senza esami integrativi, nel testo degli scambi di note in vigore tra la Repubblica italiana e ciascuno Stato membro dell'Unione europea, anche qualora nel predetto ateneo non siano attivate le corrispondenti facoltà. Nel caso di cui i medesimi scambi di note prevedano, per l'equipollenza di alcuni titoli e gradi, esami integrativi, l'applicazione delle disposizioni di cui al citato testo unico approvato con regio decreto n. 1592 del 1933 è subordinata all'attivazione, presso l'ateneo di cui al presente comma, dei corsi universitari che fanno riferimento ai medesimi titoli e gradi.

**(125)** I competenti organi dell'università degli studi di Trento possono disporre la nomina a professore di prima fascia, di associato ovvero di ricercatore, per chiamata diretta, di studiosi che rivestano presso università straniere qualifiche analoghe a quelle anzidette e previste dall'ordinamento universitario italiano, nella misura massima, per l'università di Trento, del trenta per cento delle rispettive dotazioni organiche previste per ciascun tipo di qualifica. La facoltà di nomina di cui al presente comma si applica anche, nella misura massima rispettivamente del cinquanta e del settanta per cento, all'università istituita nel territorio della regione autonoma della Valle d'Aosta e all'ateneo istituito nella provincia autonoma di Bolzano; tali misure possono essere ulteriormente derogate previa intesa con il Ministro dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica.

**(126)** L'università degli studi di Trento e gli atenei di cui al comma 120 possono istituire la facoltà di scienza della formazione. L'attivazione del corso di laurea in scienze della formazione primaria è subordinata all'avvenuta soppressione dei corsi di studio ordinari triennali e quadriennali rispettivamente della scuola magistrale e degli istituti magistrali.

**(127)** In sede di prima applicazione delle disposizioni di cui al comma 95, lettera c), al fine di favorire la realizzazione degli accordi di collaborazione internazionale dell'università di Trento, volti al conferimento del titolo di dottore di ricerca, nell'ambito di programmi dell'Unione europea, il medesimo titolo è rilasciato dalla università di cui al presente comma, limitatamente ai dottorati di cui è sede amministrativa. In tali casi la commissione di valutazione delle tesi di dottorato, di cui all'articolo 73 del decreto del Presidente della Repubblica 11 luglio 1980, n. 382, è sostituita da una commissione nominata dal rettore, composta da cinque esperti del settore, di cui almeno due professori ordinari e un professore associato. Almeno due componenti della commissione non devono appartenere alla predetta università.

**(128)** La provincia autonoma di Trento può disporre con leggi provinciali, ai sensi dell'articolo 17 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con [decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670](#), la concessione di contributi a favore dell'università degli studi di Trento per lo sviluppo della ricerca scientifica e per l'attuazione di specifici programmi e progetti formativi.

15) Vedi anche l'art. 1, commi 658 - 663 della [L. 27 dicembre 2017, n. 205](#).



## f) Landesgesetz vom 16. Juli 2008, Nr. 5 <sup>1)</sup>

# Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 29. Juli 2008, Nr. 31.

## 1. ABSCHNITT

### Allgemeine Grundsätze

---

#### Art. 1 (Bildungssystem des Landes)

---

**(1)** Das Bildungssystem des Landes zielt auf die Entwicklung und Förderung der einzelnen Personen und auf den Erwerb von demokratischen Haltungen und sozialen Kompetenzen ab, die zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft befähigen. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der dem Alter entsprechenden Entwicklungsphasen, der Unterschiede und Identität jedes und jeder Einzelnen, und in Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern sowie im Einklang mit den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der internationalen Konvention über die Rechte des Kindes, der Verfassung und des Autonomiestatus.

**(2)** Das Land verwirklicht diese Ziele - unter Beachtung der Autonomie der Kindergärten und Schulen - durch seine Bildungspolitik und fördert:

- a) die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung,
- b) ein soziales Umfeld, welches das Zusammenleben der Sprachgruppen unter Wahrung ihrer besonderen Merkmale und Traditionen gewährleistet,
- c) die Verbreitung und Festigung der europäischen Gesinnung und Kultur, die auf christlichen Wurzeln aufbaut,
- d) die Kenntnis der lokalen Geschichte, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem kulturellen Leben der Heimat vertraut zu machen.

**(3)** Um den Bildungserfolg jeder Person zu fördern, setzt sich das Land die Verwirklichung von Maßnahmen zum Ziel, die das Recht auf Zugang zu allen Bildungsstufen, auf gleiche Bildungschancen, auf eine qualitative und quantitative Erweiterung des Bildungsangebotes und auf ein lebensbegleitendes Lernen gewährleisten. Diese Maßnahmen zielen weiters auf die Orientierung und Eingliederung in die Arbeitswelt sowie auf die Förderung der Fähigkeit ab, Veränderungen zu bewältigen und sich in einer komplexer werdenden Welt zu orientieren.

**(4)** Das Bildungssystem des Landes gewährleistet allen das Bildungsrecht ab dem Kindergarten sowie die Erfüllung der Pflicht einer Schul- und Berufsbildung für mindestens zwölf Jahre oder jedenfalls bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen beruflichen Qualifikation innerhalb des achtzehnten Lebensjahres.

**(5)** Das Bildungssystem des Landes gliedert sich in den Kindergarten, die Unterstufe, welche die Grund- und Mittelschule umfasst, sowie in die Oberstufe, welche die Oberschulen staatlicher Art und die Berufs- und Fachschulen des Landes umfasst. Auch die von den Instituten für Musikerziehung eingerichteten Musikschulen sind Teil des Bildungssystems des Landes.

**(6)** Das Bildungsrecht und die Bildungspflicht werden auch in den vom Land gleichgestellten und anerkannten Privatschulen sowie im Rahmen des Elternunterrichts verwirklicht. <sup>2)</sup>

**(6/bis)** Falls die Erfüllung der Schul- und Bildungspflicht in einer vom Land anerkannten Privatschule verwirklicht wird, müssen die Schüler und Schülerinnen am Ende der Grundschule eine Eignungsprüfung ablegen, um zur nächsten Schulstufe bzw. als Privatisten und Privatistinnen zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe zugelassen zu werden. Die Eignungsprüfung ist auch dann abzulegen, wenn die Einschreibung in eine Schule staatlicher Art, in eine Berufs- oder Fachschule des Landes oder in eine gleichgestellte Schule beantragt wird. <sup>3)</sup>

**(6/ter)** Falls die Erziehungsverantwortlichen im Rahmen des Elternunterrichts für die Erfüllung der Schul- und Bildungspflicht sorgen, müssen sie dies jährlich der Schulführungskraft der gebietsmäßig zuständigen Schule mitteilen; dabei weisen sie nach, über angemessene fachliche und wirtschaftliche Voraussetzungen zu verfügen. Die Schulführungskraft ergreift unter Beachtung der von der Landesregierung festgelegten Richtlinien die

erforderlichen Kontrollmaßnahmen, auch um am Ende eines jeden Schuljahres die Lernentwicklung und den Lernerfolg festzustellen. Am Ende der Grundschule müssen die Schüler und Schülerinnen jedenfalls eine Eignungsprüfung ablegen, um zur nächsten Schulstufe bzw. als Privatisten und Privatistinnen zur staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe zugelassen zu werden. Die Eignungsprüfung ist auch dann abzulegen, wenn die Einschreibung in eine Schule staatlicher Art, in eine Berufs- oder Fachschule des Landes oder in eine gleichgestellte Schule beantragt wird. [4\)](#)

**(6/quater)** Die Regelung der Eignungsprüfungen sowie die Kriterien und Modalitäten für ihre Durchführung werden von der Landesregierung festgelegt. [5\)](#)

**(7)** Die geltenden Bestimmungen zur Verwirklichung der Schulpflicht sowie des Bildungsrechts und der Bildungspflicht bleiben aufrecht; diese können sowohl in den Schulen staatlicher Art als auch in den Landesberufsschulen erfüllt werden.

**(8)** Die Nutzung der Bildungsangebote stellt für alle, einschließlich der Minderjährigen mit Migrationshintergrund, die sich in der Provinz Bozen aufhalten, ein subjektives Recht und eine soziale Pflicht dar. Durch geeignete Maßnahmen wird die Integration und Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung im Bildungssystem des Landes gewährleistet.

**(9)** Zur Verwirklichung der Schulpflicht und des Bildungsrechts und der Bildungspflicht tragen die Schülerinnen und Schüler, deren Familien, die Kindergärten, die Schulen und Einrichtungen für die Berufsbildung, die Betriebe, welche die Jugendlichen mit einem Lehrlingsvertrag anstellen, sowie andere Bildungseinrichtungen und -organisationen bei. Die Kindergärten und Schulen pflegen dabei eine besondere Zusammenarbeit mit den Musikschulen des Institutes für Musikerziehung.

**(10)** Die Entfaltung und Entwicklung der Person und die Befähigung zum Leben in der Gemeinschaft werden im Bildungssystem des Landes durch Bildungswege gefördert, die den Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen und der Einzelnen entsprechen, diese gezielt weiterentwickeln und zu einem umfassenden Bildungserfolg führen.

**(11)** Die Landesregierung definiert durch die Schülerinnen- und Schülercharta die Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler und legt Richtlinien für Maßnahmen zur Bildungsorientierung, zur Vorbeugung und Vermeidung von Schulabbrüchen fest, um die vollständige Verwirklichung des Bildungsrechts und der Bildungspflicht zu gewährleisten.

**(12)** Die Kindergartensprengel und Schulen fördern im Rahmen ihrer Autonomie die Individualisierung und Personalisierung des Lernens der Kinder sowie der Schülerinnen und Schüler; diese sind die Hauptakteure und die Zielgruppe des Bildungssystems des Landes. Die Kindergartensprengel und Schulen definieren das Curriculum mit dem Ziel, Bildungswege zu verwirklichen, die den Neigungen und Bildungsbedürfnissen jedes Kindes sowie jeder Schülerin und jedes Schülers entsprechen, und wenden geeignete Instrumente der Lernberatung und Orientierung sowie der Dokumentation an.

2)Art. 1 Absatz 6 wurde so ersetzt durch Art. 9 Absatz 1 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

3)Art. 1 Absatz 6/bis wurde eingefügt durch Art. 9 Absatz 2 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

4)Art. 1 Absatz 6/ter wurde eingefügt durch Art. 9 Absatz 2 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

5)Art. 1 Absatz 6/quater wurde eingefügt durch Art. 9 Absatz 2 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

## 2. ABSCHNITT Kindergarten

---

### Art. 6 (Führung der Kindergärten)

---

**(1)** Der einzelne Kindergarten besteht in der Regel aus nicht mehr als vier Abteilungen, mit jeweils 14 bis 25 Kindern. Von dieser Regel kann abgesehen werden, wenn Kinder mit Beeinträchtigung oder Kinder, die besonderer didaktischer und pädagogischer Maßnahmen bedürfen, den Kindergarten besuchen, und unter Berücksichtigung der territorialen Voraussetzungen und kulturellen Bedürfnisse jeder Sprachgruppe.

**(2)** Die Landesregierung legt, aufgrund entsprechender Kriterien, das gesamte Plansoll des Kindergartenpersonals, einschließlich für die Abteilungen mit verlängertem Stundenplan und für die Ganztagskindergärten, nach Anhören der repräsentativsten Gewerkschaftsorganisationen fest.

**(3)** Jeder Kindergartensprengel wird von einer Direktorin oder einem Direktor geleitet.

**(4)** Auf der Grundlage von Kriterien, die von der Landesregierung festgelegt werden, steht jedem Kindergarten oder Verbund von Kindergärten eine Kindergärtnerin oder ein Kindergärtner mit Koordinierungsaufgaben vor. Diese sind von der Führung einer Abteilung des Kindergartens befreit.

**(5)** Für jede Abteilung des Kindergartens werden eine Kindergärtnerin oder ein Kindergärtner und eine pädagogische Mitarbeiterin oder ein pädagogischer Mitarbeiter zugewiesen.

**(6)** Für jede integrierende Abteilung, die sich in der Regel aus 15 Kindern zusammensetzt und mindestens von zwei Kindern mit Beeinträchtigung besucht wird, werden zwei Kindergärtnerinnen oder Kindergärtner, eine oder einer davon mit entsprechendem Spezialisierungstitel, sowie eine pädagogische Mitarbeiterin oder ein pädagogischer Mitarbeiter zugewiesen.

**(7)** Die Begleitung und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie von Kindern in lokal sprachlich-komplexen Situationen wird durch den Einsatz von zusätzlichem Personal mit den dafür erforderlichen Kompetenzen, die von der Landesregierung festgelegt werden, gewährleistet.

**(8)** Für jede Abteilung mit verlängertem Stundenplan werden, in der Regel, unter Beachtung der Anzahl der Kinder zusätzlich eine Kindergärtnerin oder ein Kindergärtner und eine pädagogische Mitarbeiterin oder ein pädagogischer Mitarbeiter zugewiesen.

**(9)** Die Landesregierung legt die Kriterien für die Zuteilung von Kindergärtnerinnen oder Kindergärtnern sowie pädagogischen Mitarbeiterinnen oder pädagogischen Mitarbeitern für Dienstvertretungen in jedem Kindergartensprengel fest.

**(10)** Das Kindergartenpersonal, das für die pädagogische Arbeit mit Kindern dauerhaft für ungeeignet erklärt wurde, wird für Verwaltungsaufgaben eingesetzt. Die Verwendung erfolgt auf Stellen des Verwaltungsstellenplanes des Landes.

**(11)** Die Führung der Kindergärten erfolgt durch die gebietsmäßig zuständige Gemeinde oder durch einen Gemeindenverbund. Wenn ein Kindergarten von Kindern aus mehreren Gemeinden besucht wird, obliegt dessen Führung der Gemeinde, in deren Gebiet sich der Kindergarten befindet; die anderen Gemeinden sind verpflichtet, sich an den Kosten im Verhältnis zur Anzahl der entsprechenden Kinder zu beteiligen. Die Führung des Landeskindergartens kann von der Gemeinde oder von einem Gemeindenverbund, auf Anfrage, der Förderkörperschaft oder dem Kindergartenverein anvertraut werden, falls diese Körperschaft oder dieser Verein Eigentümer oder Konzessionär einer Immobilie ist oder jedenfalls über eine solche verfügt. Jedenfalls kann eine Gemeinde oder ein Gemeindenverbund die Rechtssubjekte, denen aufgrund des [Landesgesetzes vom 17. August 1976, Nr. 36](#), die Führung eines Landeskindergartens anvertraut wurde, mit der Weiterführung des ihnen anvertrauten Kindergartens beauftragen und diesen, sofern erforderlich, auch die Immobilie zur Verfügung stellen. [16\)](#)

**(12)** Ein Kindergarten wird von Amts wegen aufgelassen, wenn er von weniger als fünf Kindern besucht wird. Sind für mindestens zwei aufeinander folgende Kindergartenjahre zwischen fünf und zehn Kinder eingeschrieben, entscheidet die Landesregierung über die eventuelle Auflassung.

16)Art. 6 Absatz 11 wurde so ergänzt durch Art. 16 Absatz 1 des [L.G. vom 22. Dezember 2016, Nr. 27](#).

### 3. ABSCHNITT

#### Unterstufe

---

#### Art. 14 (Ziele der Unterstufe)

---

**(1)** Die Unterstufe baut auf den von der Familie und dem Kindergarten eingeschlagenen Weg auf, fördert die Entfaltung der Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler und schafft die Rahmenbedingungen für ein ganzheitliches, fächerübergreifendes und dialogisches Lernen. Sie geht auf individuelle Stärken und Unterschiede ein, einschließlich jener, die durch Beeinträchtigungen bedingt sind, und schätzt Vielfalt als Wert.

Sie zielt auf die Erweiterung der Selbst- und Sozialkompetenz ab und schafft die Voraussetzungen für ein lebensbegleitendes Lernen. Die Unterstufe bemüht sich aktiv um einen kontinuierlichen Dialog mit den Familien zum Austausch und zur Zusammenarbeit. In Ausübung ihrer Autonomie und in Erfüllung ihres Bildungsauftrages setzt die Unterstufe die Ziele der Rahmenrichtlinien des Landes um und verwirklicht die Bildungskontinuität mit dem Kindergarten und der Oberstufe.

**(2)** Die Grundschule fördert durch einen ganzheitlichen Ansatz den Erwerb der unterschiedlichen Ausdrucksformen und der Kulturtechniken. Sie schafft die Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung mit verschiedenen Lernbereichen zur Erweiterung der grundlegenden Kompetenzen und zur Erschließung der Welt. Gleichzeitig ermöglicht sie soziale Erfahrungen in Bezug auf das Leben in der Gemeinschaft.

**(3)** Unter Beachtung der Grundsätze des Absatzes 2 erfolgt der Unterricht in den ladinischen Schulen im Rahmen von Artikel 19 Absatz 2 des Autonomiestatuts und der damit zusammenhängenden Bestimmungen.

**(4)** Die Mittelschule fördert durch fachspezifischen und fachübergreifenden Unterricht die Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, Fertigkeiten, Fähigkeiten und Haltungen und stärkt die Entscheidungskompetenz der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die eigene Lebensplanung. Sie organisiert, in Abstimmung mit den weiterführenden Schulen sowie den zuständigen Ämtern des Landes, Maßnahmen zur Bildungsorientierung für die Oberstufe und Bildungsmaßnahmen zur Erlangung der staatlichen Abschlussprüfung.

**(5)** Aufgrund der spezifischen sprachlichen Situation Südtirols gewährleistet die Unterstufe den Unterricht der Muttersprache Deutsch beziehungsweise Italienisch und der jeweils Zweiten Sprache sowie den Erwerb grundlegender Kenntnisse der englischen Sprache. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler können die Schulen im Einklang mit Artikel 19 des Autonomiestatuts und den Richtlinien der Landesregierung innovative Projekte des Sprachenlernens durchführen. In den ladinischen Schulen werden, im Rahmen der Bestimmungen zum paritätischen Unterricht, die Kenntnisse der ladinischen, der deutschen und der italienischen Sprache sowie die grundlegenden Kenntnisse der englischen Sprache gestärkt und weiterentwickelt.

## Art. 19 (Bewertung in der Grundschule)

---

**(1)** Die Bewertung der Lernerfolge in sämtlichen Fächern und Tätigkeiten und des Verhaltens der Schülerinnen und Schüler sowie die Bescheinigung der erworbenen Kompetenzen erfolgen, aufgrund allgemeiner, von der Landesregierung festgelegter Kriterien, durch den Klassenrat in gemeinsamer Verantwortung. Die Lehrpersonen der Pflichtquote der Schule und des allfälligen Wahlbereichs nehmen an der Bewertung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der vom Lehrerkollegium im Sinne des Artikels 6 des [Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12](#), definierten Kriterien und Modalitäten teil.

**(2)** Die Entscheidungen über die Versetzungen in die nächste Klasse oder den nächsten Bildungsabschnitt erfolgen unter Beachtung der geltenden einschlägigen Bestimmungen und der von der Landesregierung festgelegten Kriterien.

**(3)** Schülerinnen und Schüler, die in einer Privatschule oder in der Familie unterrichtet wurden, sind zu den Eignungsprüfungen für den Besuch der zweiten, dritten, vierten und fünften Klasse zugelassen. Es wird nur eine Prüfungssession angesetzt. Für Schülerinnen und Schüler, die zur Prüfung aus schwerwiegenden und nachgewiesenen Gründen nicht erscheinen, werden Zusatzprüfungen angesetzt, die vor Unterrichtsbeginn des darauffolgenden Schuljahres abgeschlossen sein müssen.

## Art. 20 (Bewertung in der Mittelschule Schlussbewertungen und Prüfungen)

---

**(1)** Zum Zweck der Gültigkeit des Schuljahres ist es für die Bewertung der Schülerinnen und Schüler erforderlich, dass sie an mindestens drei Vierteln des persönlichen Jahresstundenplans, bestehend aus den Tätigkeiten und Fächern der verpflichtenden Unterrichtszeit sowie des Wahlbereichs, teilnehmen. In Ausnahmefällen können die Schulen autonom vom genannten Mindestausmaß abweichen, wenn triftige Gründe dafür vorliegen.

**(2)** Die Bewertung der Lernerfolge und des Verhaltens der Schüler und Schülerinnen und die Bescheinigung der erworbenen Kompetenzen erfolgen, aufgrund allgemeiner, von der Landesregierung festgelegter Kriterien, durch den Klassenrat in gemeinsamer Verantwortung. Auf der Grundlage der Ergebnisse der periodischen Bewertung bestimmen die Schulen die pädagogischen und didaktischen Maßnahmen, die sie für das Nachholen von Lernrückständen und die Steigerung des Lernerfolgs für notwendig erachten. Die Lehrpersonen der Pflichtquote

der Schule und des allfälligen Wahlbereichs nehmen an der Bewertung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der vom Lehrerkollegium im Sinne des Artikels 6 des [Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12](#), definierten Kriterien und Modalitäten teil.

**(3)** Die Entscheidungen über die Versetzungen in die nächste Klasse oder in den nächsten Bildungsabschnitt sowie über die Zulassung zur Abschlussprüfung erfolgen unter Beachtung der geltenden einschlägigen Bestimmungen und der von der Landesregierung festgelegten Kriterien.

**(4)** Die Prüfungen der staatlichen Abschlussprüfung werden auf der Grundlage der Lernziele der Unterstufe und der Unterrichtsfächer der dritten Klasse der Mittelschule gemäß den Rahmenrichtlinien des Landes vorbereitet und abgewickelt. [23\)](#)

**(5)** Die Aufnahme in die zweite und dritte Klasse erfolgt auch über eine Eignungsprüfung, an welcher die Privatistinnen und Privatisten teilnehmen können, die bis zum 30. April des betreffenden Schuljahres das elfte beziehungsweise zwölfte Lebensjahr vollendet haben oder vollenden und die Zugangsvoraussetzung für die erste Klasse der Mittelschule besitzen; ebenfalls teilnehmen können Kandidatinnen und Kandidaten, die diese Voraussetzung seit einem Jahr beziehungsweise zwei Jahren besitzen.

**(6)** [24\)](#)

23)Art. 20 Absatz 4 wurde so geändert durch Art. 9 Absatz 3 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

24)Art. 20 Absatz 6 wurde ersetzt durch Art. 3 Absatz 2 des [L.G. vom 26. Jänner 2015 Nr. 1](#), und später aufgehoben durch Art. 20 Absatz 1 Buchstabe b) des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#).

## f) Legge provinciale 16 luglio 2008, n. 5 <sup>1)</sup>

### Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione

1) Pubblicata nel B.U. 29 luglio 2008, n. 31.

## CAPO I Principi generali

---

### Art. 1 (Sistema educativo provinciale di istruzione e di formazione)

---

**(1)** Il sistema educativo provinciale di istruzione e formazione è finalizzato alla crescita e alla valorizzazione della singola persona e allo sviluppo di atteggiamenti democratici e di competenze sociali, che permettono la partecipazione alla convivenza civile. Ciò avviene nel rispetto dei ritmi dell'età evolutiva, delle differenze e dell'identità di ciascuna e ciascuno, anche nel quadro della cooperazione tra scuola e genitori e in armonia con i principi sanciti dalla Dichiarazione universale dei diritti dell'Uomo, dalla Convenzione internazionale sui diritti dell'infanzia, dalla Costituzione e dallo Statuto di autonomia.

**(2)** A tal fine la Provincia adotta - nel rispetto dell'autonomia delle scuole dell'infanzia e delle istituzioni scolastiche - politiche dell'educazione indirizzate:

- a) allo sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione;
- b) alla realizzazione di assetti sociali che garantiscano la convivenza tra i gruppi linguistici, nella salvaguardia delle rispettive peculiarità e tradizioni;
- c) alla diffusione e al rafforzamento del pensiero e della cultura europea fondata su radici cristiane;
- d) alla conoscenza della storia locale, promuovendo le conoscenze delle alunne e degli alunni sullo sviluppo storico della provincia e sulle culture e tradizioni locali.

**(3)** Per favorire il successo scolastico e formativo di ciascuna persona la Provincia indirizza i propri interventi alla realizzazione di azioni che garantiscano il diritto all'accesso a tutti i gradi dell'istruzione, alle pari opportunità formative, all'aumento qualitativo e quantitativo dei livelli di istruzione e all'apprendimento per tutto l'arco della vita. Questi interventi sono finalizzati, inoltre, all'orientamento e all'inserimento nel mondo del lavoro nonché allo sviluppo di competenze atte a fronteggiare il cambiamento e ad orientarsi in un mondo sempre più complesso.

**(4)** Il sistema educativo provinciale di istruzione e formazione assicura a tutti il diritto all'istruzione e alla formazione, a partire dalla scuola dell'infanzia, e l'esercizio del relativo dovere per almeno dodici anni o comunque fino al conseguimento di una qualifica di durata almeno triennale entro il diciottesimo anno di età.

**(5)** Il sistema provinciale di istruzione e formazione si articola nella scuola dell'infanzia, in un primo ciclo che comprende la scuola primaria e la scuola secondaria di primo grado e in un secondo ciclo che comprende le scuole secondarie di secondo grado a carattere statale e quelle della formazione professionale provinciale. Fanno anche parte del sistema provinciale di istruzione e formazione le scuole di musica istituite dagli istituti di educazione musicale.

**(6)** Il diritto-dovere all'istruzione e alla formazione si realizza anche nelle scuole paritarie e riconosciute dalla Provincia nonché nell'ambito dell'istruzione parentale. <sup>2)</sup>

**(6/bis)** Qualora il diritto-dovere all'istruzione e alla formazione venga realizzato nelle scuole private riconosciute dalla Provincia, gli alunni e le alunne sostengono un esame di idoneità al termine della scuola primaria ai fini dell'ammissione al successivo grado di istruzione, oppure all'esame di Stato conclusivo del primo ciclo di istruzione, in qualità di candidati e candidate privatisti. Inoltre sostengono un esame di idoneità anche nel caso in cui richiedano l'iscrizione a una scuola a carattere statale, a una scuola professionale della Provincia o a una scuola paritaria. <sup>3)</sup>

**(6/ter)** Qualora gli esercenti la responsabilità genitoriale provvedano all'assolvimento del diritto-dovere all'istruzione e alla formazione mediante l'istruzione parentale, sono tenuti a comunicarlo di anno in anno alla o al dirigente dell'istituzione scolastica di riferimento, dimostrando di avere competenze specifiche e capacità economiche adeguate. La dirigente scolastica o il dirigente scolastico attiva, nel rispetto delle direttive emanate dalla Giunta provinciale, le necessarie forme di controllo, anche per accertare lo sviluppo degli apprendimenti e gli apprendimenti raggiunti al termine di ogni anno scolastico. Al termine della scuola primaria, gli alunni e le alunne sono comunque tenuti a sostenere un esame di idoneità ai fini dell'ammissione al successivo grado di istruzione, oppure all'esame di Stato conclusivo del primo ciclo di istruzione, in qualità di candidati e candidate privatisti. Inoltre sostengono un esame di idoneità anche nel caso in cui richiedano l'iscrizione a una scuola a carattere statale, a una scuola professionale della Provincia o a una scuola paritaria. [4\)](#)

**(6/quarter)** La Giunta provinciale definisce la disciplina relativa agli esami di idoneità nonché i criteri e le modalità per il loro svolgimento. [5\)](#)

**(7)** Sono fatte salve le vigenti disposizioni relative all'obbligo di istruzione e al diritto-dovere all'istruzione e alla formazione, che possono essere assolti sia nelle scuole a carattere statale che nelle scuole della formazione professionale provinciale.

**(8)** La fruizione dell'offerta di istruzione e di formazione costituisce per tutti, ivi compresi i minori stranieri presenti in provincia di Bolzano, oltre che un diritto soggettivo, un dovere sociale. Attraverso adeguati interventi è garantita l'integrazione e l'inclusione nel sistema educativo provinciale di istruzione e formazione delle bambine e dei bambini nonché dei giovani e delle giovani in situazione di handicap.

**(9)** All'attuazione dell'obbligo dell'istruzione e del diritto-dovere di istruzione e formazione concorrono le alunne e gli alunni, le loro famiglie, le scuole dell'infanzia, le istituzioni scolastiche e formative, le imprese che assumono i giovani con contratto di apprendistato nonché altre istituzioni ed organizzazioni formative. Le scuole dell'infanzia e le istituzioni scolastiche in tale contesto curano in particolar modo la collaborazione con le scuole di musica dell'istituto per l'educazione musicale.

**(10)** La crescita e la valorizzazione della persona umana e lo sviluppo delle competenze per la convivenza civile sono favorite nel sistema educativo provinciale di istruzione e formazione attraverso la realizzazione di percorsi formativi rispondenti alle attitudini di ciascuno e ciascuna, le quali sono sviluppate in modo mirato, e finalizzati al pieno successo formativo.

**(11)** La Giunta provinciale definisce i diritti e doveri delle alunne e degli alunni nello Statuto degli studenti e delle studentesse e fornisce indicazioni per interventi mirati all'orientamento, alla prevenzione ed al recupero degli abbandoni, al fine di assicurare la piena realizzazione del diritto-dovere all'istruzione ed alla formazione.

**(12)** I circoli di scuola dell'infanzia e le istituzioni scolastiche promuovono nell'ambito della loro autonomia l'individualizzazione e la personalizzazione dell'apprendimento delle bambine e dei bambini nonché delle alunne e degli alunni, quali attori primari e destinatari del sistema educativo provinciale di istruzione. I circoli di scuola dell'infanzia e le istituzioni scolastiche definiscono il curricolo per realizzare percorsi formativi rispondenti alle attitudini e ai bisogni formativi di ciascuna bambina e di ciascun bambino nonché di ciascuna alunna e ciascun alunno, utilizzando idonei strumenti di consulenza per l'apprendimento e per l'orientamento nonché di documentazione.

2)L'art. 1, comma 6, è stato così sostituito dall'art. 9, comma 1, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

3)L'art. 1, comma 6/bis, è stato inserito dall'art. 9, comma 2, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

4)L'art. 1, comma 6/ter, è stato inserito dall'art. 9, comma 2, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

5)L'art. 1, comma 6/quarter, è stato inserito dall'art. 9, comma 2, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

## CAPO II Scuola dell'infanzia

---

### Art. 6 (Gestione delle scuole dell'infanzia)

---

**(1)** La singola scuola dell'infanzia è costituita, di norma, da non più di quattro sezioni, formate da un numero di bambini e bambine compreso tra 14 e 25. A detti parametri è possibile derogare in presenza di bambini e bambine in situazione di handicap o bisognosi di specifiche azioni didattiche ed educative, e tenuto conto delle esigenze territoriali come pure di quelle culturali di ciascun gruppo linguistico.

**(2)** La Giunta provinciale, sentite le organizzazioni sindacali più rappresentative, stabilisce sulla base di criteri predeterminati la dotazione organica complessiva del personale delle scuole dell'infanzia, compresa quella per le sezioni con orario prolungato e per le scuole dell'infanzia a tempo pieno.

**(3)** Ogni circolo di scuola dell'infanzia è diretto da una direttrice o un direttore.

**(4)** Sulla base di criteri definiti dalla Giunta provinciale, ad ogni scuola dell'infanzia ovvero rete di scuole dell'infanzia è preposta un'insegnante coordinatrice ovvero un insegnante coordinatore. Questi sono esonerati dalla gestione di una sezione di scuola dell'infanzia.

**(5)** Per ogni sezione di scuola dell'infanzia sono assegnate ed assegnati un'insegnante o un insegnante ed una collaboratrice pedagogica o un collaboratore pedagogico.

**(6)** Per ciascuna sezione integrata, composta di norma da 15 bambine e bambini e frequentata da almeno due bambine o bambini in situazione di handicap, sono assegnati due insegnanti, di cui una o uno in possesso del relativo titolo di specializzazione, ed una collaboratrice pedagogica o un collaboratore pedagogico.

**(7)** L'inserimento di bambine e bambini provenienti da altri Paesi nonché di bambine e bambini in situazioni linguistiche locali complesse viene favorito attraverso l'utilizzazione di personale aggiuntivo provvisto di specifiche competenze stabilite dalla Giunta provinciale.

**(8)** Per ogni sezione con orario prolungato sono assegnati, di norma, aggiuntivamente un'insegnante o un insegnante ed una collaboratrice pedagogica o un collaboratore pedagogico, tenuto conto del numero delle bambine e dei bambini.

**(9)** La Giunta provinciale definisce i criteri per l'assegnazione di insegnanti e collaboratrici pedagogiche o collaboratori pedagogici per le supplenze all'interno di ogni circolo di scuola dell'infanzia.

**(10)** Il personale delle scuole dell'infanzia di cui sia stata accertata la definitiva inidoneità all'attività pedagogica con bambini e bambine è impiegato per compiti amministrativi. L'impiego avviene in posti del ruolo amministrativo provinciale.

**(11)** Alla gestione delle scuole dell'infanzia provvede il comune competente per territorio ovvero un consorzio di comuni. Se una scuola dell'infanzia rappresenta un bacino di confluenza di bambini e bambine provenienti da altri comuni, alla sua gestione provvede il comune nel cui territorio è sita la scuola dell'infanzia, con l'obbligo per gli altri comuni di concorrere alle spese in proporzione al numero dei rispettivi bambini e delle rispettive bambine. La gestione della scuola dell'infanzia provinciale può essere affidata dal comune o da un consorzio di comuni, su domanda, all'ente promotore o associazione promotrice, qualora tale ente o associazione sia proprietario o concessionario di un immobile, oppure abbia comunque la disponibilità. In ogni caso un comune o un consorzio di comuni può incaricare i soggetti giuridici, ai quali, ai sensi della [legge provinciale 17 agosto 1976, n. 36](#), è stata affidata la gestione di una scuola dell'infanzia provinciale, a continuare la gestione della scuola dell'infanzia loro affidata mettendo, ove necessario, anche a sua disposizione l'immobile. [16\)](#)

**(12)** Una scuola dell'infanzia è soppressa d'ufficio, qualora sia frequentata da meno di cinque bambine e bambini. La Giunta provinciale decide sull'eventuale soppressione, qualora per almeno due anni scolastici consecutivi il numero delle bambine iscritte e dei bambini iscritti varii tra cinque e dieci.

16)L'art. 6, comma 11, è stato così integrato dall'art. 16, comma 1, della [L.P. 22 dicembre 2016, n. 27](#).

## CAPO III

### Primo ciclo di istruzione

---

#### Art. 14 (Finalità del primo ciclo di istruzione)

---

**(1)** Il primo ciclo di istruzione prosegue il percorso educativo iniziato dalla famiglia e dalla scuola dell'infanzia, promuove lo sviluppo della personalità delle alunne e degli alunni e crea le condizioni per un apprendimento



globale, interdisciplinare e dialogico. Esso accoglie e valorizza le potenzialità e le differenze individuali, ivi comprese quelle derivanti dalle disabilità, e considera un valore la pluralità. Esso ha il fine di sviluppare la costruzione del sé e le capacità relazionali e crea i presupposti per un apprendimento lungo tutto l'arco della vita. Il primo ciclo di istruzione promuove attivamente il dialogo con le famiglie attraverso regolari incontri di scambio e collaborazione. Nell'ambito della propria autonomia persegue le proprie finalità educative, attua gli obiettivi previsti dalle indicazioni provinciali e realizza la continuità educativa con la scuola dell'infanzia e con il secondo ciclo di istruzione.

**(2)** La scuola primaria promuove, attraverso un approccio globale, l'apprendimento delle diverse forme espressive ed introduce alle tecniche culturali. Essa crea i presupposti per un confronto con i diversi ambiti di apprendimento, per sviluppare le competenze di base e la comprensione del mondo. Inoltre favorisce esperienze sociali per rafforzare le competenze della convivenza civile.

**(3)** Fermi restando i principi di cui al comma 2, nelle scuole delle località ladine l'insegnamento viene impartito nel quadro dell'ordinamento previsto dall'articolo 19, comma 2, dello Statuto di autonomia e dalle norme collegate.

**(4)** La scuola secondaria di primo grado promuove, attraverso le discipline di studio e l'insegnamento interdisciplinare, l'ampliamento delle conoscenze, abilità, capacità e attitudini e rafforza la competenza di orientamento delle alunne e degli alunni per una pianificazione della propria vita. Essa organizza, in raccordo con le istituzioni scolastiche del secondo ciclo e i competenti uffici provinciali, iniziative di orientamento per il secondo ciclo e azioni formative volte al superamento dell'esame di Stato.

**(5)** Data la particolare situazione linguistica in provincia di Bolzano, il primo ciclo di istruzione assicura lo studio della madrelingua tedesca o italiana, della seconda lingua nonché l'apprendimento di nozioni fondamentali della lingua inglese. Al fine di migliorare le conoscenze plurilingui delle alunne e degli alunni, le scuole possono avviare progetti innovativi di insegnamento delle lingue nel rispetto dell'articolo 19 dello Statuto di autonomia e con le indicazioni della Giunta provinciale. Nelle scuole delle località ladine vengono rafforzate e approfondite, nel quadro delle disposizioni dell'ordinamento paritetico, le competenze nelle lingue ladino, tedesco, italiano e le nozioni fondamentali nella lingua inglese.

## Art. 19 (Valutazione nella scuola primaria)

---

**(1)** La valutazione di tutti gli apprendimenti e del comportamento delle alunne e degli alunni nonché la certificazione delle competenze acquisite sono affidate collegialmente al consiglio di classe, nel rispetto dei criteri generali definiti dalla Giunta provinciale. Il personale docente della quota riservata all'istituzione scolastica e della eventuale quota facoltativa opzionale partecipa alla valutazione delle alunne e degli alunni secondo i criteri e le modalità definiti dal collegio dei docenti ai sensi dell'articolo 6 della [legge provinciale 29 giugno 2000, n. 12](#).

**(2)** Le decisioni relative all'ammissione alla classe successiva o al periodo didattico successivo tengono conto delle vigenti disposizioni in materia e dei criteri determinati dalla Giunta provinciale.

**(3)** Le alunne e gli alunni provenienti da scuola privata o familiare sono ammessi a sostenere esami di idoneità per la frequenza delle classi seconda, terza, quarta e quinta. La sessione di esami è unica. Per le candidate ed i candidati assenti per gravi e comprovati motivi sono ammesse prove suppletive, che devono concludersi prima dell'inizio delle lezioni dell'anno scolastico successivo.

## Art. 20 (Valutazione nella scuola secondaria di primo grado, scrutini ed esami)

---

**(1)** Ai fini della validità dell'anno scolastico, per la valutazione degli alunni e delle alunne è richiesta la frequenza di almeno tre quarti dell'orario annuale personalizzato, che comprende le attività e gli insegnamenti dell'orario di insegnamento obbligatorio e della quota facoltativa opzionale. In casi eccezionali le istituzioni scolastiche possono autonomamente stabilire motivate deroghe al suddetto limite.

**(2)** La valutazione degli apprendimenti e del comportamento delle alunne e degli alunni e la certificazione delle competenze acquisite sono affidate collegialmente al consiglio di classe, nel rispetto dei criteri generali definiti dalla Giunta provinciale. Sulla base degli esiti della valutazione periodica, le istituzioni scolastiche predispongono gli interventi educativi e didattici ritenuti necessari al recupero e allo sviluppo degli apprendimenti. Il personale docente della quota riservata all'istituzione scolastica e dell'eventuale quota facoltativa opzionale partecipa alla valutazione delle alunne e degli alunni secondo i criteri e le modalità definiti dal collegio dei docenti ai sensi dell'articolo 6 della [legge provinciale 29 giugno 2000, n. 12](#).

**(3)** Le decisioni relative all'ammissione alla classe successiva o al periodo didattico successivo nonché all'esame di Stato tengono conto dei principi delle vigenti disposizioni in materia e dei criteri determinati dalla Giunta provinciale.

**(4)** Sulla base degli obiettivi specifici di apprendimento del primo ciclo di istruzione e in relazione alle discipline di insegnamento della terza classe della scuola secondaria di primo grado, le prove dell'esame di Stato sono proposte e gestite ai sensi delle indicazioni provinciali. [23\)](#)

**(5)** Alle classi seconda e terza si accede anche per esame di idoneità, al quale sono ammessi le candidate privatiste e i candidati privatisti che abbiano compiuto o compiano, entro il 30 aprile dell'anno scolastico di riferimento, rispettivamente l'undicesimo o il dodicesimo anno di età e che siano in possesso del titolo di ammissione alla prima classe della scuola secondaria di primo grado, nonché le candidate e i candidati che abbiano conseguito il predetto titolo rispettivamente da almeno un anno o due anni.

**(6)** [24\)](#)

23)L'art. 20, comma 4, è stato così modificato dall'art. 9, comma 3, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

24)L'art. 20, comma 6, è stato sostituito dall'art. 3, comma 2, della [L.P. 26 gennaio 2015, n. 1](#), e successivamente abrogato dall'art. 20, comma 1, lettera b), della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#).

## g) Landesgesetz vom 24. September 2010 , Nr. 11 <sup>1)</sup>

### Die Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol

1) Kundgemacht im Amtsblatt vom 28. September 2010, Nr. 39.

## 1. ABSCHNITT

### GRUNDLEGENDE BESTIMMUNGEN BETREFFEND DIE OBERSTUFE DES BILDUNGSSYSTEMS

---

#### Art. 1 (Zielsetzungen der Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol)

---

**(1)** Die Oberstufe ist Teil des Bildungssystems des Landes laut Artikel 1 des [Landesgesetzes vom 16. Juli 2008, Nr. 5](#), und umfasst die gleichwertigen Bildungswege der Gymnasien, der Fachoberschulen und der Berufsbildung. Die Besonderheiten des Landes, die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt finden unter Einhaltung des Artikels 19 des Autonomiestatuts in der Gestaltung der Bildungswege ihren Ausdruck.

**(2)** In der Oberstufe wird die Schulpflicht in gleichwertiger Art und Weise absolviert sowie Bildungsrecht und Bildungspflicht verwirklicht. Unter Beachtung der in Artikel 1 des [Landesgesetzes vom 16. Juli 2008, Nr. 5](#), festgelegten Grundsätze sowie der einschlägigen EU-Bestimmungen baut die Oberstufe auf die Unterstufe auf und verfolgt das Ziel, die bis dahin erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen zu festigen und weiter zu entwickeln. Die Oberstufe fördert die kognitiven, emotionalen, kreativen, persönlichen und sozialen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler und fordert Eigenverantwortung und persönlichen Einsatz. Die Absolventinnen und Absolventen tragen als mündige, in besonderer Weise der Landesgeschichte und der Südtirol-Autonomie kundige, mehrere Sprachen beherrschende, vernetzt denkende und medienkompetente Bürgerinnen und Bürger zur kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens bei.

**(3)** Die Bildungswege der Oberstufe ermöglichen die Gestaltung der Lebensplanung der Jugendlichen. Mit Maßnahmen zur Individualisierung und Personalisierung des Lernens berücksichtigen sie die unterschiedlichen Lernrhythmen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler. Damit fördern sie die Entfaltung besonderer Interessen und Stärken und sichern den schulischen Bildungserfolg sowie die Chancengerechtigkeit auch für den Eintritt in die Arbeitswelt. Für die Schülerinnen und Schüler mit Benachteiligung oder Beeinträchtigung finden die Bestimmungen des [Landesgesetzes vom 30. Juni 1983, Nr. 20](#), in geltender Fassung, Anwendung.

#### Art. 2 (Aufbau)

---

**(1)** Die Bildungswege der Gymnasien und der Fachoberschulen sind fünfjährig und gliedern sich in zwei Biennien und ein fünftes Jahr. Die Gymnasien und Fachoberschulen schließen mit einer staatlichen Abschlussprüfung ab.

**(2)** Die Bildungswege der Berufsbildung gliedern sich in:

- a) dreijährige Fachschulen, die mit dem Erwerb eines Berufsbefähigungszeugnisses abschließen; dieses Berufsbefähigungszeugnis stellt den Zulassungstitel für das vierte Jahr der Fachschulen dar, das ein Spezialisierungsjahr ist,
- b) vierjährige Fachschulen, die mit der Erlangung des Berufsbildungsdiploms abschließen,
- c) ein Bildungsjahr, für das ein Berufsbildungsdiplom Zugangsvoraussetzung ist und das mit einer staatlichen Abschlussprüfung endet,
- d) Lehrlingsausbildungen im Rahmen der Schulpflicht, der Bildungspflicht und des Bildungsrechts, die mit dem Erwerb eines Berufsbefähigungszeugnisses, eines Berufsbildungsdiplomes oder eines Diploms der staatlichen Abschlussprüfung abschließen <sup>2)</sup>
- e) fünfjährige berufsbildende Oberschulen, gegliedert in zwei Biennien und ein fünftes Jahr, die mit einer staatlichen Abschlussprüfung enden.

**(3)** Der Zugang zur Oberstufe erfolgt nach dem Bestehen der staatlichen Abschlussprüfung der Unterstufe.

2)Der Buchstabe d) des Art. 2 Absatz 2 wurde zuerst ersetzt durch Art. 23 Absatz 1 des [L.G. vom 4. Juli 2012, Nr. 12](#), und dann durch Art. 23 Absatz 1 des [L.G. vom 4. Juli 2012, Nr. 12](#), welcher durch Art. 17 Absatz 1 des [L.G. vom 15. April 2016, Nr. 7](#), so ersetzt wurde.

## Art. 7 (Orientierung, Bildungskontinuität und Durchlässigkeit)

---

**(1)** Die Schulen der Unter- und Oberstufe erleichtern durch gemeinsame Orientierungsmaßnahmen den Schülerinnen und Schülern die Wahl der geeigneten weiterführenden Schule. Dadurch unterstützen sie die Bildungs- und Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler und beugen Schulabbrüchen vor.

**(1/bis)** Zur Förderung von Begabungen, zur Verbesserung der schulischen Leistungen und zur Vermeidung von Schulabbrüchen kann die Schulführungskraft in Absprache mit dem Klassenrat geeignete Bildungswege, Initiativen und Orientierungsmaßnahmen ermitteln, die auch stufenübergreifend und außerschulisch erfolgen können. [4\)](#)

**(2)** [5\)](#)

**(3)** Der erfolgreiche Besuch eines jeden Bildungsweges oder -abschnitts der Oberstufe bringt den Erwerb von Bildungsguthaben mit sich.

**(4)** Die Landesregierung legt die allgemeinen Kriterien für die Anerkennung der Bildungsguthaben durch die Gymnasien, Fachoberschulen und Schulen der Berufsbildung fest und definiert Kriterien für die Bescheinigung der an der Oberstufe erworbenen Kompetenzen. Weiters legt sie auf der Grundlage der Rahmenrichtlinien des Landes laut den Artikeln 9 und 10 die Kriterien für die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen der Oberstufe sowie die Voraussetzungen für die Zulassung der Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Oberschulen zu den Prüfungen für den Erwerb einer beruflichen Qualifikation fest.

**(5)** In den Rahmenrichtlinien des Landes laut Artikel 9 und 10 wird unter Berücksichtigung des Bildungsangebotes und der Ziele, welche die verschiedenen Schulen prägen, die Gleichwertigkeit des Pflichtbienniums gemäß den Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen durch den Bezug auf gemeinsame Bildungsgrundsätze sichergestellt.

**(6)** Für das Pflichtbiennium der Gymnasien und der Fachoberschulen sowie der berufsbildenden Oberschulen wird in den Rahmenrichtlinien des Landes laut Artikel 9 bzw. laut Artikel 10 Absatz 4 ein gemeinsamer Anteil an Fächern vorgesehen, um die Durchlässigkeit zu ermöglichen.

**(7)** Die Schulen unterstützen die Übertritte zwischen allen Bildungswegen der Oberstufe. Sie ergreifen didaktische Maßnahmen für eine angemessene Vorbereitung des geplanten Umstiegs. Die Schulen eines bestimmten Gebiets, auch unterschiedlicher Unterrichtssprache, arbeiten zur Umsetzung gemeinsamer Projekte zusammen. Sie dienen der Unterstützung der Durchlässigkeit, der Weiterentwicklung und Aufwertung des Bildungsangebots. Dem Erlernen der zweiten Sprache und zusätzlicher Fremdsprachen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hierzu fördern die Schulen die Zusammenarbeit mit der Arbeitswelt, der örtlichen Wirtschaft, den lokalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und den Jugendorganisationen sowie den Schüleraustausch mit Schulen des In- und Auslandes.

4)Art. 7 Absatz 1/bis wurde eingefügt durch Art. 2 Absatz 1 des [L.G. vom 20. Juni 2016, Nr. 14](#).

5)Art. 7 Absatz 2 wurde aufgehoben durch Art. 8 Absatz 1 Buchstabe c) des [L.G. vom 20. Juni 2016, Nr. 14](#).

## Art. 12 (Bewertung)

---

**(1)** Für die Gültigkeit und die Bewertung eines Schuljahres an den Gymnasien, Fachoberschulen und berufsbildenden Oberschulen ist es erforderlich, dass die Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Vierteln des persönlichen Jahresstundenplans teilnehmen. Wenn triftige Gründe vorliegen, können die Schulen in Ausnahmefällen davon abweichen, sofern laut Klassenrat trotz ihrer Abwesenheiten eine angemessene Bewertung der Schülerinnen und Schüler möglich ist.

**(2)** In den Schulen laut Absatz 1 ist der Klassenrat aufgrund der vom Lehrerkollegium festgelegten allgemeinen Kriterien zuständig für:

- a) die Bewertung der Lernerfolge in der verpflichtenden Grundquote und gegebenenfalls im Wahlbereich,
- b) die Bewertung des Verhaltens der Schülerinnen und Schüler,
- c) die Bescheinigung der erworbenen Kompetenzen,
- d) die Versetzung in die nächste Klasse oder in den nächsten Bildungsabschnitt.

**(3)** Der Klassenrat ergreift die Maßnahmen laut Absatz 2 auf der Grundlage der Rahmenrichtlinien des Landes, der vom Lehrerkollegium festgelegten allgemeinen Kriterien und der von der Landesregierung definierten allgemeinen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen zur Bewertung. Diese Bestimmungen legen auch die Voraussetzungen für pädagogisch-didaktische Maßnahmen fest, die für das Nachholen von Lernrückständen und die Steigerung des Lernerfolgs als notwendig erachtet werden, sowie die Modalitäten für deren Durchführung und die Regelung der Eignungs- und Ergänzungsprüfungen.

**(4)** In den Schulen der Berufsbildung laut Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a), b), c) und d) erfolgen die Bewertung und Bescheinigung der erworbenen Kompetenzen nach den Bestimmungen der Artikel 10 und 12 des [Landesgesetzes vom 12. November 1992, Nr. 40](#), in geltender Fassung.

## g) Legge provinciale 24 settembre 2010 , n. 11 <sup>1)</sup>

### Secondo ciclo di istruzione e formazione della Provincia autonoma di Bolzano

1)Pubblicata nel B.U. 28 settembre 2010, n. 39.

#### CAPO I

#### DISPOSIZIONI FONDAMENTALI CONCERNENTI IL SECONDO CICLO DI ISTRUZIONE E FORMAZIONE

---

#### Art. 1 (Finalità del secondo ciclo di istruzione e formazione della Provincia autonoma di Bolzano)

---

**(1)** Il secondo ciclo è parte integrante del sistema educativo di istruzione e formazione provinciale di cui all'articolo 1 della [legge provinciale 16 luglio 2008, n. 5](#), ed è costituito dai percorsi dell'istruzione liceale, dell'istruzione tecnica e dell'istruzione e formazione professionale, che hanno pari valore educativo e formativo. Le peculiarità del territorio della provincia di Bolzano nonché il plurilinguismo e il pluralismo culturale trovano espressione nella realizzazione dei percorsi formativi nel rispetto dell'articolo 19 dello Statuto di autonomia.

**(2)** Nel secondo ciclo si assolve, in modo unitario, l'obbligo di istruzione e si realizza il diritto-dovere di istruzione e formazione. Il secondo ciclo persegue, in un contesto di continuità educativa con i primi segmenti del sistema formativo e nel rispetto dei principi generali indicati nell'articolo 1 della [legge provinciale 16 luglio 2008, n. 5](#), e delle relative disposizioni dell'Unione europea, la finalità di consolidare ed accrescere le conoscenze e le competenze acquisite nel primo ciclo. Il secondo ciclo promuove le capacità cognitive, emozionali, creative, personali e sociali delle studentesse e degli studenti e richiede senso di responsabilità e impegno personale. Le persone che hanno assolto il secondo ciclo quali cittadine e cittadini consapevoli, particolarmente preparati nel campo della storia della provincia e dell'autonomia dell'Alto Adige e competenti in più lingue, sono capaci di individuare collegamenti e relazioni, sono competenti nelle tecnologie della società dell'informazione e contribuiscono allo sviluppo culturale, sociale, economico ed ecologico di una società democratica.

**(3)** I percorsi del secondo ciclo permettono la realizzazione del progetto di crescita culturale e professionale di studentesse e studenti, tenendo conto dei loro diversi ritmi di apprendimento e attitudini attraverso misure volte all'individualizzazione e alla personalizzazione degli apprendimenti. In tal modo promuovono lo sviluppo di specifici interessi e talenti e assicurano il successo scolastico e le pari opportunità formative anche ai fini dell'inserimento nel mondo del lavoro. Per le studentesse e gli studenti in situazione di svantaggio o di handicap trovano applicazione le disposizioni di cui alla [legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20](#), e successive modifiche.

#### Art. 2 (Struttura)

---

**(1)** I percorsi dell'istruzione liceale e dell'istruzione tecnica hanno durata quinquennale, sono suddivisi in due bienni e in un quinto anno. Il ciclo degli studi termina con un esame di Stato.

**(2)** I percorsi dell'istruzione e formazione professionale si articolano in:

- a) percorsi di durata triennale che si concludono con il conseguimento della qualifica professionale; tale qualifica costituisce titolo per l'accesso al quarto anno dei percorsi di durata quadriennale, considerato anno di specializzazione;
- b) percorsi di durata quadriennale che si concludono con il conseguimento del diploma professionale;
- c) corsi annuali ai quali è possibile accedere con il diploma professionale e che terminano con un esame di Stato;
- d) percorsi di apprendistato attuati in assolvimento dell'obbligo di istruzione e del diritto-dovere di istruzione e formazione, che si concludono con il conseguimento di un attestato di qualifica professionale, di un diploma professionale o del diploma di superamento dell'esame di Stato conclusivo degli studi secondari superiori; [2](#);
- e) percorsi di istruzione professionale di durata quinquennale, suddivisi in due bienni e in un quinto anno, che terminano con un esame di Stato.

**(3)** Al secondo ciclo si accede a seguito del superamento dell'esame di Stato conclusivo del primo ciclo.

2)La lettera d) dell'art. 2, comma 1, è stata prima sostituita dall'art. 23, comma 1, della [L.P. 4 luglio 2012, n. 12](#), e successivamente dall'art. 23, comma 1, della [L.P. 4 luglio 2012, n. 12](#) il quale è stato così sostituito dall'art. 17, comma 1, della [L.P. 15 aprile 2016, n. 7](#).

## Art. 7 (Orientamento, continuità educativa e permeabilità)

---

**(1)** Le istituzioni scolastiche del primo e del secondo ciclo favoriscono scelte adeguate in relazione al proseguimento degli studi attraverso azioni di orientamento realizzate in collaborazione tra loro. Tali azioni comuni sono volte alla promozione della formazione e dello sviluppo della personalità delle studentesse e degli studenti nonché alla prevenzione della dispersione scolastica.

**(1/bis)** Al fine di valorizzare le eccellenze, di migliorare le prestazioni scolastiche e di prevenire la dispersione scolastica, il dirigente scolastico o la dirigente scolastica, in accordo con il consiglio di classe, può individuare idonei percorsi formativi, iniziative ed azioni di orientamento, che possono aver luogo sia trasversalmente ai gradi di scuola che a livello extrascolastico. [4\)](#)

**(2)** [5\)](#)

**(3)** La frequenza, con esito positivo, di qualsiasi percorso o frazione di percorso del secondo ciclo comporta l'acquisizione di crediti formativi.

**(4)** La Giunta provinciale stabilisce i criteri generali per il riconoscimento dei crediti formativi da parte dei licei, degli istituti tecnici e degli istituti e delle scuole di istruzione e formazione professionale e definisce i criteri per la certificazione delle competenze acquisite nel secondo ciclo. Inoltre determina, in base alle indicazioni provinciali di cui agli articoli 9 e 10, i criteri per la realizzazione della permeabilità tra i diversi percorsi del secondo ciclo nonché i presupposti per l'ammissione agli esami delle qualifiche professionali delle studentesse e degli studenti frequentanti gli istituti di istruzione professionale.

**(5)** Le indicazioni provinciali di cui agli articoli 9 e 10, nel rispetto dell'offerta formativa e degli obiettivi che caratterizzano le diverse scuole, assicurano l'unitarietà del biennio obbligatorio attraverso il riferimento agli assi culturali comuni ai sensi delle indicazioni del Parlamento europeo e del Consiglio europeo in materia di competenze chiave per l'apprendimento permanente.

**(6)** Per favorire la permeabilità nel biennio obbligatorio dei licei, degli istituti tecnici e degli istituti di istruzione professionale, le indicazioni provinciali di cui rispettivamente all'articolo 9 e all'articolo 10, comma 4, prevedono una parte di discipline comuni.

**(7)** Le istituzioni scolastiche e formative sostengono i passaggi tra tutti i percorsi del secondo ciclo e adottano iniziative didattiche volte a consentire una preparazione adeguata alla nuova scelta. Le scuole situate nella stessa zona geografica, anche di diversa lingua di insegnamento, collaborano tra loro alla realizzazione di progetti comuni. Questi sono volti a favorire la permeabilità tra percorsi, nonché a sviluppare e qualificare l'offerta formativa. Particolare attenzione è rivolta all'apprendimento della seconda lingua e di altre lingue straniere. A tal fine, le scuole promuovono la collaborazione sinergica con il mondo del lavoro, con la realtà produttiva del territorio, con gli istituti educativi e di ricerca locali e con le associazioni giovanili nonché lo scambio di studenti con scuole in Italia e all'estero.

4) L'art. 7, comma 1/bis, è stato inserito dall'art. 2, comma 1, della [L.P. 20 giugno 2016, n. 14](#).

5) L'art. 7, comma 2, è stato abrogato dall'art. 8, comma 1, lettera c), della [L.P. 20 giugno 2016, n. 14](#).

## Art. 12 (Valutazione)

---

**(1)** Ai fini della validità e della valutazione dell'anno scolastico nei licei, negli istituti tecnici e negli istituti professionali, alle studentesse e agli studenti è richiesta la frequenza di almeno tre quarti dell'orario annuale personalizzato. In casi eccezionali le istituzioni scolastiche possono stabilire motivate deroghe al suddetto limite,

a condizione che tali assenze non pregiudichino, a giudizio del consiglio di classe, la possibilità di procedere ad una valutazione adeguata delle studentesse e degli studenti interessati.

**(2)** Negli istituti di cui al comma 1, sono affidate al consiglio di classe sulla base dei criteri generali stabiliti dal collegio dei docenti:

- a) la valutazione degli apprendimenti negli insegnamenti della quota obbligatoria di base e dell'eventuale quota facoltativa opzionale;
- b) la valutazione del comportamento delle studentesse e degli studenti;
- c) la certificazione delle competenze acquisite;
- d) l'ammissione alla classe successiva o al periodo didattico successivo.

**(3)** Il consiglio di classe adotta i provvedimenti di cui al comma 2, sulla base delle indicazioni provinciali, dei criteri generali stabiliti dal collegio dei docenti e delle disposizioni, di carattere generale e procedurale, inerenti alla valutazione, definite dalla Giunta provinciale. Tali disposizioni definiscono altresì i presupposti per interventi educativi e didattici ritenuti necessari al recupero e allo sviluppo degli apprendimenti nonché le modalità del loro svolgimento e la disciplina concernente gli esami di idoneità e gli esami integrativi.

**(4)** Nei percorsi dell'istruzione e formazione professionale di cui all'articolo 2, comma 2, lettere a), b), c) e d), la valutazione e la certificazione delle competenze acquisite si effettuano ai sensi delle disposizioni di cui agli articoli 10 e 12 della [legge provinciale 12 novembre 1992, n. 40](#), e successive modifiche.





Südtiroler Landtag  
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
Cunsèi dla Provinzia autonoma de Bulsan

## BESCHLUSSANTRAG

Nr. 25/13

### Gemeinsame Schule

Die KOLIPSI-Studie der Eurac (2009) hat deutlich gemacht, dass die Zweitsprachkenntnisse in Südtirol weitgehend unzufriedenstellend sind. Eine Zahl, stellvertretend für weitere: 44 % der deutschsprachigen SchülerInnen der 4. Klasse Oberschule erreicht Italienischkenntnisse des Niveaus B1, 4 % nur A2. Noch schlechter sind die Ergebnisse bei den italienischen SchülerInnen: 47 % erreicht Niveau B1, 28 % gar nur A2.

Als Reaktion auf diese schlechten Ergebnisse haben auch SpitzenexponentInnen der Südtiroler Kulturpolitik ausgedrückt, dass der Unterricht nicht ausreicht und dass es gilt, Begegnungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen der verschiedenen Sprachgruppen zu schaffen.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es einen echten Sprachverwendungs-Kontext braucht, um eine Sprache zu lernen. Auch in den Schlussfolgerungen der KOLIPSI-Studie wird dies unterstrichen. Der Kontakt zur anderen Sprachgruppe spielt, wie die Studie zeigt, eine wichtige Rolle bei der Motivation zum Erlernen der Zweitsprache". Auf diesem Ansatz fußen schließlich auch die diversen Schüleraustauschprojekte, Schulpartnerschaften etc. Sie alle zielen darauf ab, die SchülerInnen außerhalb der Schulklasse in Verbindung zu bringen.

Eltern äußern seit Jahren den Wunsch, die Begegnungsmöglichkeiten ihrer Kinder mit den Kindern der anderen Sprachgruppe zu erweitern – nicht nur um die Sprachfähigkeiten zu verbessern, sondern auch um die Begegnung mit der jeweils anderen Kultur zu ermöglichen.

Es bestehen bereits einige Projekte, in denen die Zweitsprache besonders gefördert wird, insbesondere durch Fachunterricht in der Zweitsprache oder durch Lehrer- oder Schüleraustausch. Diese Projekte werden von Einzelpersonen und Institutionen mit viel Einsatz, Überzeugung und Engagement vorangetrieben und sind sehr zu unterstützen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass in vielen dieser Fälle der Gebrauch der Zweitsprache eine Unterrichtssprache bleibt und durch die reine Verwendung mit

## MOZIONE

N. 25/13

### Scuole comuni

Dallo studio KOLIPSI dell'EURAC (2009) emerge chiaramente che la conoscenza della seconda lingua in Alto Adige è ampiamente insoddisfacente. Un dato significativo: il 44% degli studenti di lingua tedesca della quarta classe superiore ha una conoscenza dell'italiano pari al livello B1, il 4% arriva solo all'A2. Sono ancora peggiori i risultati per gli studenti italiani: il 47% ha il livello B1, il 28% addirittura solo il livello A2.

Come reazione a questi risultati assolutamente negativi, anche degli esponenti di punta della politica altoatesina della cultura hanno convenuto che l'insegnamento non è sufficiente e che è necessario trovare delle opportunità di incontro tra bambini e giovani dei diversi gruppi linguistici.

È scientificamente dimostrato che serve un contesto di reale utilizzo della lingua per poterla apprendere. Anche nelle conclusioni dello studio KOLIPSI è sottolineato quest'aspetto. Il contatto con l'altro gruppo linguistico, come evidenziato nello studio, svolge un ruolo importante come motivazione per l'apprendimento della seconda lingua. È, in effetti, questo l'approccio sul quale si basano anche i diversi progetti di scambio tra studenti, le partnership scolastiche ecc. Tutte queste iniziative mirano in effetti a trovare dei contatti tra gli studenti anche al di fuori delle aule scolastiche.

I genitori da anni auspicano di poter ampliare le opportunità di incontro dei loro figli con bambini dell'altro gruppo linguistico – non soltanto per migliorare le competenze linguistiche ma anche per una conoscenza delle reciproche culture.

Esistono già alcuni progetti attraverso i quali la seconda lingua viene particolarmente curata, per esempio tramite il suo insegnamento veicolare o tramite lo scambio di insegnanti o alunni. Questi progetti sono portati avanti da singole persone e istituzioni con molto impegno e convinzione, e vanno sostenuti. Resta però il fatto che in molti di questi casi la seconda lingua rimane una lingua di insegnamento che, venendo utilizzata unicamente per una materia o con il relativo insegnante, continua a rimanere artificiale.

dem Fach oder der Lehrperson eine gewisse künstliche Form beibehält. Der gewünschte authentische Sprachverwendungskontext wird NICHT hergestellt.

Dies alles vorausgeschickt,

und unter Bezugnahme auf die Aussagen in der "Schulbaurichtlinie" (Dekret des Landeshauptmanns vom 23. Februar 2009, Nr.10), die z.B. im Artikel 6 Absatz 1 besagt: "Das Schulgebäude muss den ständigen Veränderungen, welche die heutige Schule kennzeichnen, angepasst werden können (...)" oder im Absatz 2: "Das Entwurfskonzept soll Veränderungen zulassen und flexibel sein. Die angewandten technischen Lösungen sollen verschiedensten Anforderungen entsprechen können;"

sowie angesichts der Tatsache, dass die Gemeinden Bozen und Brixen bereits analoge Beschlussanträge für die auf ihren jeweiligen Gemeindegebieten befindlichen Schulen angenommen haben

**beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,**

als **Leitlinie für neue Schulstrukturen und Umbauten/Sanierungen der bestehenden Schulgebäude, die Bildung von gemeinsamen Schulstrukturen für beide Sprachgruppen anzustreben**, um eine dauernde und alltägliche Begegnung der Kinder und Jugendlichen der beiden Sprachgruppen zu fördern.

Entsprechend wird die **Schulbaurichtlinie angepasst**.

**Der Beschlussantrag wurde in der Sitzung vom 13.2.2014 im obigen Wortlaut wie folgt genehmigt:**

- a) Prämissen: mit 20 Jastimmen, 1 Neinstimme und 6 Stimmenthaltungen**
- b) verpflichtender Teil: mit 27 Jastimmen und 1 Stimmenthaltung.**

NON si instaura l'auspicato contesto autentico per l'utilizzo della lingua.

Tutto ciò premesso,

e tenuto conto delle dichiarazioni contenute nella "Direttiva per l'edilizia scolastica" (decreto del presidente della Provincia 23 febbraio 2009, n. 10), che ad esempio all'articolo 6, comma 1, recita: "È necessario prevedere l'adeguamento dell'edificio scolastico alle esigenze di cambiamento continuo proprie della scuola attuale (...)" oppure al comma 2 stabilisce che: "L'idea progettuale deve permettere successive modifiche e deve essere flessibile. Le soluzioni tecniche adottate devono poter corrispondere alle esigenze più diverse;"

nonché in considerazione del fatto che i comuni di Bolzano e Bressanone da tempo hanno approvato mozioni analoghe per le scuole sul rispettivo territorio comunale,

**il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
incarica  
la Giunta provinciale**

**di adottare come linea guida per le nuove infrastrutture scolastiche e per ristrutturazioni/risanamenti degli attuali edifici scolastici la realizzazione di strutture scolastiche comuni per entrambi i gruppi linguistici**, al fine di agevolare un incontro costante e quotidiano dei bambini e giovani di entrambi i gruppi linguistici.

La **direttiva sull'edilizia scolastica** viene **adeguata** di conseguenza.

**La mozione è stata approvata nel su riportato testo nella seduta del 13/2/2014 come segue:**

- a) premesse: con 20 voti favorevoli, 1 voto contrario e 6 astensioni**
- b) parte impegnativa: con 27 voti favorevoli e 1 astensione.**

**DER PRÄSIDENT - IL PRESIDENTE  
Dr. Thomas Widmann**